

**Zeitschrift:** Scharotl / Radgenossenschaft der Landstrasse  
**Herausgeber:** Radgenossenschaft der Landstrasse ; Verein Scharotl  
**Band:** 20 (1995)  
**Heft:** 2

**Rubrik:** Achtung Zigeunerüberfall ; Es bewegt sich etwas

#### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 25.02.2026

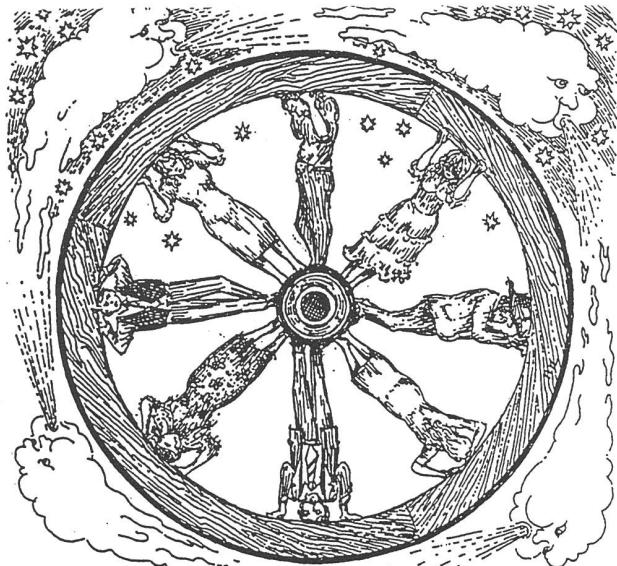
**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## ACHTUNG ZIGEUNERÜBERFALL

Reaktion eines Lesers, Peter Hagemann, Rheinfelden

Fricktaler Zeitung, 5.5.95

In Artikeln der Basler Zeitung (26. April) und der Fricktaler Zeitung (28. April) wurde über Fahrende berichtet, die vergangene Woche auf dem Industriegeleände in Kaiseraugst Station gemacht haben. Aus Zitaten des Gemeindeammanns von Kaiseraugst, Max Heller, in der Basler Zeitung sowie aus Textpassagen aus dem Artikel der Fricktaler Zeitung lassen sich folgende Grundaussagen über Fahrende zusammenstellen:



Wir alle sind ein Teil des RADES

Zigeuner sind unliebsame Gäste; diese Leute bringen nur Dreck und Ärger; sie hinterlassen eine unvorstellbare Schweinerei; sie haben überfallmäßig das AKW-Gelände in Kaiseraugst besetzt; sie belästigen Passanten in einem Mass, das an Nötigung grenzt. Ist das heutzutage die richtige Art und Weise, über eine ethnische (und nicht ethnische, liebe Fricktaler Zeitung) Minderheit zu berichten, mit der es offenbar Probleme gibt? Gerne würde ich

stattdessen gerade in der Fricktaler Zeitung einen sachlichen, differenzierteren Bericht darüber lesen, der auch die Hintergründe ausleuchtet - so wie es die Fricktaler Zeitung in ihrer Eigenwerbung für sich in Anspruch nimmt. Der Fragen, die da Antwort suchen, gäbe es genug. Was ich am vergangenen Donnerstag auf dem Gelände bei Kaiseraugst mit eigenen Augen gesehen habe, auch hinsichtlich der "unvorstellbaren Schweinerei" entspricht jedenfalls im wesentlichen nicht dem, was ich in der Basler und der Fricktaler Zeitung gelesen habe.

## ES BEWEGT SICH ETWAS

*Standplätze für Fahrende in Galbizio und Bioggio fast fertiggestellt*

Tessiner Zeitung, 15.4.95

*Schon 1000 Unterschriften für "Zigeuner-Petition"*

Hoffnung für Fahrende: Der Kanton ist dabei, adäquate Stellplätze für Zigeuner einzurichten. Chaotische Zustände - wie vor einem Jahr - dürften sich somit nicht wiederholen. Inzwischen sind für eine Petition zugunsten der Fahrenden mehr als 1000 Unterschriften gesammelt worden. In dieser Anfang März vom Anti-Rassismus-Komitee lancierten Petition ist die Forderung nach adäquaten Stellplätzen für durchfahrende Sinti und Roma enthalten.

Obwohl die Kantone laut europäischer Menschenrechtskommission und einer Bundesverordnung verpflichtet sind, adäquate Stellplätze für Zigeuner bereitzustellen, hat sich im Tessin jahrelang nichts getan. Erst als es Anfang 1994 fast zu handgreiflichen Auseinandersetzungen zwi-

schen Fahrenden und der einheimischen Bevölkerung kam, hat sich etwas bewegt. Die Medien, Presse und Fernsehen, nahmen sich den Problemen der Fahrenden an. Und schliesslich auch das Innendepartement.

Wie der Generalsekretär im Dipartimento delle Istituzioni, Giorgio Battaglioni, gegenüber der TZ erklärte, habe man inzwischen grosse Schritte vorwärts gemacht. Ziel des Kantons sei es, eine Reihe von Stellplätzen mittlerer Grösse (25 bis 30 Wohnwagen) einzurichten. Man wolle in Zukunft vermeiden, dass sich grosse Wohnwagendörfer bilden - so wie im letzten Jahr mit bis zu 120 Wohnwagen.

Ein erster Stellplatz in Garbisio bei Bellinzona ist bereits fertig, ein weiteres Gelände in Bioggio wird zurzeit instandgestellt und könnte schon in wenigen Tagen bezugsbereit sein. Probleme gibt es noch mit den Elektrizitätsanschlüssen. "Wenn wir Strom bereit stellen, muss auch die Frage der Bezahlung geklärt werden", sagt Battaglioni. Weitere Standplätze sind in Mendrisio, Gudo,

Sigiriono/Mezzovico und Melano geplant. Die Kontakte mit den Gemeinden seien geknüpft. Auch den Bündner Behörden habe man geschrieben, um eine Lösung für das Misox zu finden, ergänzt Battaglioni, die Antwort stehe aber noch aus.

Über die Ausstattung der Standplätze gehen die Meinungen indes auseinander. Laut Urs Jäggi, einem der Hauptinitiatoren der Petition, sind insbesondere die hygienischen Vorrichtungen unzureichend. Battaglioni hingegen behauptet, die kürzlich in Garbisio campierenden Fahrenden seien zufrieden gewesen und hätten einzig einige zusätzliche Trinkwasserleitungen verlangt.

Die Bereitstellung von Standplätzen ist nicht die einzige Forderung der Petition. Darüber hinaus soll den Zigeunern die Bewilligung für den ambulanten Verkauf zügiger ausgestellt werden. Außerdem wird gefordert, die Zuständigkeit für "Zigeunerfragen" vom Polizeidepartement ins Sozial- oder Kulturdepartement zu verlagern. Anfang Juli soll die Petition dem Staatsrat überbracht werden.

